

## **Offener Brief der (Ober-) Bürgermeister der Städte Greifswald, Neubrandenburg, Schwerin, Stralsund und Wismar**

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

als die Weltgesundheitsorganisation Mitte März eine Pandemie ausrief, hatte vermutlich niemand von uns eine Vorstellung davon, was das für unseren Alltag, für unser Miteinander bedeuten würde. Wir hatten vielleicht nach China geblickt, nach Italien nach Spanien, vielleicht auch in die USA oder nach Weißrussland – der Umgang mit dieser Nachricht konnte unterschiedlicher kaum sein. Zunächst.

In Deutschland hatte sich die Regierung entschieden, Schulen zu schließen, Kitas, Einzelhandelsgeschäfte, Hotellerie, Gastronomie. Wir haben die Rathäuser geschlossen – die Gebäude. Unternehmen haben ihre Beschäftigten in Kurzarbeit geschickt, andere Unternehmen stellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Veranstalter haben Konzerte abgesagt. Krankenhäuser haben ihren Alltag so organisiert, dass sie im Falle des Falles ausreichend Platz haben, um Menschen intensivmedizinisch und isoliert behandeln zu können. Erklärtes Ziel: Das Erkranken vieler Menschen auf einmal zu verhindern.

Kontaktverbot, Abstandsregeln, Hygienemaßnahmen – das Aus für Familienfeiern, Hochzeiten im gewünschten Rahmen, geschlossene Grenzen zu unseren Nachbarstaaten und Nachbarbundesländern. Stille Straßen, leere Cafés, staufreie Autobahnen. Gute elf Wochen später haben wir eine leise Ahnung davon – so also fühlt es sich an, das Herunterfahren unseres gesellschaftlichen Lebens.

Der Preis dafür war für manche und manchen hoch, mitunter auch zu hoch. Wer seinen Job verloren hat, einsam war ohne soziale Kontakte, wer die Freundinnen und Freunde in der Schule vermisst hat oder als allein erziehendes Elternteil Job und Kind organisieren musste - niemand außer denen, die das erlebten und erleben, kann das nachempfinden.

Und dennoch, die Maßnahmen haben gegriffen, die Anzahl der Infektionen ist überschaubar geblieben.

Die Grundlage für all´ diese Maßnahmen – das Infektionsschutzgesetz. Ein Leben – geregelt in zahlreichen Verordnungen, die seit dem 27. April Tag für Tag wieder mehr davon möglich machen. Schulen, Kitas, Cafés und

Restaurants, Bolzplätze, Läden und Nagelstudios – sehr kleinteilig kommt die schrittweise Öffnung daher. Verwirrend, mitunter widersprüchlich. In jedem Fall mit einem erheblichen Aufwand für jene verbunden, die die Auflagen umsetzen müssen – in Kitas und Schulen, in Pflegeheimen, Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie - danke dafür.

Wir alle können uns gegenseitig danken: Wir haben das vor elf Wochen erklärte Ziel erreicht. Das ist richtig gut! Dennoch sind wir nach diesen elf Wochen noch immer nicht wesentlich schlauer, wie es nun weiter gehen kann. Entscheidungen werden auf Sicht getroffen, im Ringen um die bestmögliche für die Allgemeinheit auch mal wieder verworfen, korrigiert. Nicht immer werden sie so erklärt, dass sie auch verstanden werden können. Die Unsicherheit, die daraus resultiert, vielleicht auch der Ärger, treibt Menschen dieser Tage auf die Straßen.

Dabei erlebten wir auch Solidarität, Menschen, die für andere einkaufen gingen, am Küchentisch Masken nähten für Nachbarn, Physiotherapien, Arztpraxen, Musiker, die aufspielten, um das Alleinsein im Pflegeheim zu lindern. Menschen, die Spendenboxen füllten, um ihren Lieblingsladen zu unterstützen.

Die Infektionszahlen sind niedrig in unserem Land, dank des verantwortlichen Handelns aller. Auf diese Verantwortung unserer Bürgerinnen und Bürger vertrauen wir auch in den kommenden Wochen.

Mittlerweile ist inzwischen oft von einer neuen Normalität die Rede. Abstand zu halten und in Räumen Maske zu tragen, gehören vorläufig dazu. Jetzt gerade erst recht! Sie sind die neue Solidarität, die wir miteinander leben können. Bleiben wir also solidarisch!

Dr. Rico Badenschier, Oberbürgermeister Schwerin  
Dr. Alexander Badrow, Oberbürgermeister Stralsund  
Silvio Witt, Oberbürgermeister Neubrandenburg  
Dr. Stefan Fassbinder, Oberbürgermeister Greifswald  
Thomas Beyer, Bürgermeister Wismar